

Haushaltsrede 2022 des Fraktionsvorsitzenden Dr. Alwin Burth

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lang,
sehr geehrte Frau Winder,
meine Damen und Herren,

vielen Dank für die Vorlage und Aufstellung des Haushaltsplans 2022 und Ihre Zeit und Mühen für Erläuterungen.

Vielen Dank auch an alle Steuerzahler, sei es Lohn-, Einkommens-, Mehrwertsteuer, oder Kapitalertragssteuer, um nur die wichtigsten zu nennen. Zusätzlich ist in diesen Jahr die CO²-Steuer dazugekommen.

Alle Steuerzahler tragen dazu bei, unser Staatswesen aufrecht zu erhalten. Das Steuergeld gehört den Bürgern und sie erwarten von der Verwaltung und Politik zurecht dafür einen Mehrwert und dass damit sparsam umgegangen wird. Im kommunalen Bereich wird das Geld vor allem für die kommunalen Pflichtaufgaben in Verwaltung, Kindergärten, Schulen, Feuerwehr, Straßen Wege und Infrastruktur ausgegeben.

Bei den Personalkosten in der Verwaltung vertrauen wir auf das bewährte Personalmanagement von Frau Vollmer.

Wir haben mittlerweile auch in der Verwaltung Probleme bei der Personalbeschaffung vor allem im Fachkräftebereich. Ein attraktiver und sicherer Arbeitsplatz mit Qualifikationschancen und eine angemessene Bezahlung sind in der Konkurrenz zur freien Wirtschaft wichtig.

Mit der Digitalisierung der Verwaltung wird der Bürger vieles von zuhause erledigen können. Das spart gegenüber dem jetzigen System in der Verwaltung Personal und Bürofläche. Dies wird sich auch in den Ortschaften bemerkbar machen. Wir werden über kurz oder lang vor der Entscheidung stehen, ob wir in allen Ortschaften Personal und Räumlichkeiten brauchen und in welchem Umfang. Wir müssen es dann aber auch umsetzen.

Der kommunale Gebäudebestand in der Stadt und den Ortschaften ist hoch und kostet viel Aufwand und Geld im Unterhalt. Wir sollten uns schnell von dem trennen, was wir

nicht unbedingt für die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben benötigen. Dies gilt wie oben erwähnt auch und vor allem in den Ortschaften.

Die Investitionen in Kindergärten und Schulen haben wir mitgetragen. Sie werden auch maßgeblich aus SPD geführten Ministerien des Bundes gefördert.

Unsere Forderung nach einem kostenfreien Kindergarten- oder KITA- Jahr halten wir aufrecht. Die Investition stellt eine Entlastung der Familien dar und wirkt so als Anreiz für den Zuzug. Zudem sind viele Frauen die Fachkräfte, die wir dringend suchen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht daran scheitern, dass es kein adäquates Angebot zur Kleinkindbetreuung gibt. Die Kleinkindbetreuung ab dem 1. Lebensjahr ist seit Jahren gesetzlich verankert und die Familien haben ein Anrecht darauf.

An den Schulen sanieren wir seit Jahren. Wichtig und richtig ist dabei auch die energetische Sanierung der Gebäude. Zuletzt haben wir auch Geld für Lüftungsanlagen mit Wärmeenergie-Rückgewinnung auf den Weg gebracht. Ein weiterer wichtiger Schritt zur Energieeinsparung.

Viel Geld investieren wir die nächsten Jahre in Straßen, Wege und Brücken im Bereich des ERBA Geländes. Auch hoch subventioniert vom Land und Bund. Viel Geld kostet uns der Unterhalt der kommunalen Straßen, Wege und Plätze. Auch der Parkplätze. Wir begrüßen das neue System der Parkraumbewirtschaftung. Das System sollte möglichst einfach und ohne Ausnahmen sein. Der Individualverkehr darf nicht dadurch begünstigt werden, dass das Parken aus Steuergeldern subventioniert wird. Parkplätze verursachen Kosten und verbrauchen Fläche, die ohnehin knapp ist. Im Haushalt ist ein hoher Betrag für die Anlage von Parkplätzen vorgesehen.

Das im Haushalt verankerte, aber nicht beschlossene Parkdeck in der Liebigstraße lehnen wir ab.

Die Verbesserung des ÖPNV war eine unserer Forderungen der letzten Jahre. Mit dem neuen Streckenplan des Stadtbusses ist es gelungen, Gewerbegebiete und Kliniken anzuschließen. Warten wir ab, wie das neue System angenommen wird.

Auch der Kreis hat eine Verbesserung der Taktfrequenz auf seinen Strecken umgesetzt.

Nicht aus dem Auge verlieren dürfen wir den Anschluss an die elektrifizierte Bahnstrecke München-Lindau. Es darf nicht sein, dass es im württembergischen Allgäu keinen Bahnhof für den Fernverkehr gibt. Ein Bahnhof ist auch für die Landesgartenschau wichtig. Wir wollen nicht nur Besucher, die mit dem eigenen Auto anreisen. Die Bereitstellung von Flächen auch für vorübergehende Parkplätze ist dem Gedanken einer Landesgartenschau nicht zuträglich. Wir können nicht auf der einen Seite einem Renaturierungsprogramm der Argen zustimmen und auf der anderen Seite Flächen für Parkplätze zubauen. Bis zur Landesgartenschau muss für dieses Problem dringend eine Lösung erarbeitet werden.

Mit Erstaunen haben wir den Mountainbike-Trail bei Eplings wieder im Haushaltsplan gefunden. Unserer Meinung nach greift das Projekt in ein hochsensibles Habitat seltener Tiere ein und hat vermutlich keine Chancen auf Verwirklichung.

Bei der Breitbandversorgung kommen wir voran vor allem in den bislang unterversorgten Dörfern. Die Investition in die Breitband-Infrastruktur ist hoch gefördert.

Dem Vorhaben Feuerwehrhaus Karssee Leupolz stehen wir nach wie vor kritisch gegenüber. Nicht nur wegen dem geplanten Bau im Landschaftsschutzgebiet. Sondern auch wegen der zu erwartenden Problemen bei der Zuwegung. Jetzt schon sollen 250.000 Euro für eine Abbiegespur ausgegeben werden. Die Zufahrt zum Feuerwehrhaus ist dann aber noch nicht für Begegnungsverkehr ausgelegt. Oder kommen da noch weitere Kosten auf uns zu?

Wir haben mehrere Wohnbauprojekte auf den Weg gebracht. Haid Wittwais, Deuchelried, ERBA Auwiesen. Die Vergabekriterien enthalten jetzt eine Sozialklausel und sollen so günstigen Wohnraum ermöglichen. Eine Forderung von uns aus den Vorjahren. Es wurde auch nicht nur an Einfamilienhäuser gedacht, sondern auch an Mehrfamilienhäuser. Dennoch ist die Gebäudedichte unseres Erachtens noch steigerungsfähig. Bebaubare Flächen bleiben rar.

Im ERBA Auwiesenquartier ist es gelungen, die Gebäude an das kommunale Wärmenetz anzubinden und so weitgehend CO2 neutral mit Wärme zu versorgen. Im Gebiet Haid Wittwais, Deuchelried und Schwarzenbach Nord wurde das Thema noch nicht einmal planerisch angegangen, was wir mehrfach moniert haben. Auch bei privaten Großprojekten, wie die Sanierung des Altenheims St. Vinzenz wurde es versäumt, auf eine CO2 neutrale Wärmeversorgung zu drängen. Was jetzt als Wärmeerzeuger verbaut wird, hat mindestens 20 Jahre Bestand.

Wir hatten vor Jahren eine Untersuchung zur energetischen Sanierung des Wohnquartiers Waltersbühl in Auftrag gegeben. Die Gebäude sind größtenteils mehr als 50 Jahre alt, energetisch schwer sanierbar, aber noch nicht abbruchreif.

Unseres Erachtens bietet sich das Gebiet für eine Nahwärmeversorgung mit Holz als Energieträger an. Die Kommune müsste beim Wärmenetz Ausbau in Vorleistung gehen - eventuell zusammen mit dem Breitbandausbau, dann braucht man die Straßen nur einmal aufreißen. Kommunen in Vorarlberg sind bei dem Thema seit Jahrzehnten Vorreiter.

Ein schlüssiges Konzept für das Quartier könnte auch als Vorbild für andere ältere Wohngebiete sein und so einen wichtigen Beitrag zur CO2 Einsparung leisten.

Wir leben in einer der sonnenreichsten Gegenden in Deutschland. Um den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung zu schaffen, sind wir für den Ausbau der Photovoltaik auf allen geeigneten Flächen. Wir sind auch für Freiflächen Anlagen entlang der Autobahn, wo dies planerisch bereits möglich ist.

Nichts getan hat sich beim Management von Leerständen, sowohl bei Gebäuden als auch bei den Flächen. Hier sollten wir in den Folgejahren mehr Ideen entwickeln.

Das gilt auch für die Leerstände im städtischen Spital. Überlegungen für einfache Wohnmöglichkeiten im Spital sollten dringend gemacht werden. Eine Generalsanierung ist bei den städtischen Finanzen ohnehin in weiter Ferne.

Mit Sorge sehen wir, dass es immer mehr Zweitwohnungen in Wangen gibt. Diese nur wenig genutzten Wohnungen verknappen die Wohnungssituation massiv. Vielleicht lässt sich auch die Zweitwohnungssteuer nach oben anpassen. Oder wir fordern, dass die Spekulationssteuer bei Immobilien nicht nach 10 Jahren endet, um den steuerfreien Mehrwert der Immobilien wieder der Allgemeinheit zuzuführen.

Der Erhöhung der Grundsteuer B möchten wir schweren Herzens zustimmen. Die Steuererhöhung belastet Eigentümer wie Mieter. Sie belastet auch die Zweitwohnungsbesitzer, die sonst wenig zum kommunalen Steueraufkommen beitragen, aber von der kommunalen Infrastruktur profitieren. Bei dem überschaubaren Mehrertrag von 200.000-300.000 Euro hätte es unseres Erachtens mehrere Einsparmöglichkeiten gegeben. Verkauf von städtischen Immobilien in der Stadt und den Ortschaften, Verzicht auf den Aussichtsturm, Verzicht auf das Parkdeck in der Liebigstraße, Verzicht auf die Kosten für die Abbiegespur für das Feuerwehrhaus Leupolz/Karsee, um nur einige zu nennen. Wir möchten uns der Grundverantwortung für den Gesamthaushalt stellen, erwarten aber trotz Zustimmung zur Grundsteuererhöhung, dass unsere Anregungen aufgegriffen werden. Die Erhöhung der Grundsteuer B ist auch eine Forderung des Regierungspräsidiums, die letztlich den Haushaltsplan genehmigen muss.

Eine weitere Forderung des Regierungspräsidiums ist eine Reduzierung und zeitliche Streckung der geplanten Investitionen, um die in den Folgejahren zu erwartende Schuldenerhöhung abzumindern.

Viele Investitionen hängen mit der Landesgartenschau zusammen und sind nicht aufschiebbar, wohl aber zu hinterfragen, wie der Aussichtsturm und andere. Nur weil man eine Förderung bekommt, braucht man so eine Investition nicht, wo es bei uns doch Aussichtspunkte auch ohne Türme gibt.

Weniger ist mehr. Besinnen wir uns auf Maßnahmen, die wenig kosten aber viel Verbesserung bringen.

Weniger Geschwindigkeit auf unseren Straßen verursacht weniger Lärm, weniger Schilder und weniger Abgase. Andere Kommunen machen es uns mit generellem Tempo 30 innerorts vor.

Weniger Verkehr in der Innenstadt verbessert die Aufenthaltsqualität, verringert den Lärm und verbessert die Luft und bringt vermutlich auch der Gastronomie und dem Einzelhandel mehr Umsatz.

Weniger Wassertemperatur im Freibad ist im Sommer tolerabel und spart Energie.

Eine kürzere Saison der Eisbahn spart massiv Energie. Man sollte auch über eine Kunststoff Beschichtung nachdenken, die offensichtlich kaum einen Unterschied zu einer richtigen Eisfläche darstellt, aber keine Energie zum Kühlen braucht und einen ganzjährigen Betrieb ermöglicht.

Weniger und teurere Parkplätze erleichtern den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel und damit weniger Abgase.

Weniger Raumtemperatur in kommunalen Gebäuden ist gut fürs Klima.

Mehr Bäume binden mehr CO₂.

Unsere Kritikpunkte habe ich benannt.

Wir haben auch einen Plan, wie es gelingen kann die Co₂ Neutralität zu erreichen und gleichzeitig die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern.

Zum Schluss noch ein Wort zur erneut angestoßenen Diskussion um die Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft in unserer Region. Auch wenn es Kreisangelegenheit ist, so betrifft es die Steuerzahler der Region massiv. Eine alternde Gesellschaft braucht eine wohnortnahe medizinische Versorgung ambulant und stationär. Spezialisierte Medizin kann man in Zentren bündeln, aber die Grundversorgung gehört in die Fläche. Dazu gehört eine chirurgische und internistische Notaufnahme und Versorgung und eine Geburtshilfe.

Wir möchten dem Haushaltsplan zustimmen, wissen, dass die nächsten Jahre bis zur Landesgartenschau nicht einfach werden und wollen die Verwaltung unterstützen, mit dem eingenommenen Steuergeld einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger zu erwirtschaften.

Für die SPD Fraktion im Stadtrat Wangen

Dr. Alwin Burth